



## LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

der Parteitag in Mülheim hat einmal mehr gezeigt: Die NRWSPD hat allen Grund, ein Jahr nach der rot-grünen Regierungsübernahme in Düsseldorf, selbstbewusst aufzutreten. Die Menschen vertrauen uns und sie spüren, dass unsere Regierung gut ist für Nordrhein-Westfalen. Unsere Geschlossenheit macht uns stark. Wir haben in Mülheim gute Beschlüsse gefasst, die uns dabei helfen werden, unser Land weiter voran bringen. Und der Blick auf das bereits Erreichte lohnt sich: Nordrhein-Westfalen geht es besser als vor einem Jahr. Wir haben schon vieles umgesetzt von unserem Koalitionsvertrag und wir können stolz darauf sein, was wir gemeinsam als Partei, als Fraktion und als Regierung auf den Weg gebracht haben. Wir haben das gehalten, was wir vor der Wahl versprochen haben. Das erleben die Bürgerinnen und Bürger ganz konkret Tag für Tag.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten galt und gilt die Verpflichtung,

für gute Arbeit einzustehen. Wir setzen uns für dauerhafte Arbeitsplätze ein und für gute Arbeitsbedingungen, für eine faire Bezahlung und eine wirksame Mitbestimmung. Wir haben ein modernes und zukunftsweisendes Landespersonalvertretungsgesetz verabschiedet, erarbeitet im Dialog mit den Gewerkschaften. NRW steht wieder an der Spitze, was Mitbestimmung angeht. Und da gehören wir auch hin. Und wir machen uns weiter auf den Weg, was den gesetzlichen Mindestlohn angeht. Die NRWSPD steht klar zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen, seinen Unternehmen und seinen Beschäftigten. Wir stärken die Wirtschaft und stellen zugleich einen wirksamen Klima- und Umweltschutz sicher.

Der Schulkonsens ist ein historischer Erfolg. Wir machen unser Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger und wir machen längeres gemeinsames Lernen möglich. Wir räumen Schritt für Schritt die finanziellen Hürden in unserem Bildungssystem weg. Das gilt für die Studiengebühren und ebenso wie die Kita-Gebühren.

Wir haben uns vorgenommen, die Kommunen in Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig zu machen und ihnen mit unserem Stärkungspakt-Stadtfinanzen Wege aus der Finanznot heraus zu ebnet. Damit die Bürgerinnen und Bürger wieder ihren Zusammenhalt organisieren können in ihrer Stadt, in den Kommunen vor Ort. Wir stärken den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Und wir schauen nicht tatenlos weiter zu, wie die soziale und gesellschaftliche Spaltung sich ver-

schärft. Wir setzen klar auf Vorbeugung. Wir stehen dafür, dass es frühe Hilfen für Familien gibt. Denn Vorsorge ist besser als Nachsorge. Wir investieren gezielt in die Zukunft unseres Landes. Und wir bleiben bei unserem wichtigsten Ziel: Wir werden in NRW kein Kind mehr zurücklassen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind diejenigen, die dieses Land gerechter, stärker und moderner machen können und wollen. Wir haben gemeinsam den Auftrag bekommen, dieses Vertrauen Tag für Tag neu zu rechtfertigen und neu zu verdienen. Ohne Überheblichkeit, sondern mit solider, mit harter Arbeit. Und es bleibt ein ganzes Stück harter Arbeit vor uns. Lasst uns diesen Weg weiterhin gemeinsam gehen, für Nordrhein-Westfalen und für die Menschen in unserem Land.

Eure Hannelore

## BESTE CHANCEN FÜR ALLE KINDER – BESTE UNTERSTÜTZUNG FÜR UNSERE FAMILIEN

**F**amilien sind die zentralen Orte der Bildung. Hier werden die Weichen für den Bildungs- und Lebenserfolg gestellt. Das gilt besonders für die ersten prägenden Jahre im Leben eines Kindes. Für uns heißt das: Wenn wir kein Kind zurücklassen wollen, dann müssen wir die Familien entlasten und stärken – und zwar möglichst früh. Dort, wo Bedarf besteht, muss schnell und unbürokratisch geholfen werden. Und wir brauchen umfassende Investitionen in frühkindliche Bildung. Beste Chancen für alle Kinder – das heißt vor allem auch beste Unterstützung für unsere Familien. Das ist das Fundament für wirksame soziale Prävention. Nur so können wir dauerhaft mehr Gerechtigkeit schaffen!

Familien stehen heute stark unter Druck – ein Druck, der vor allem vom Arbeitsmarkt ausgeht. Zunehmende Anforderungen an Mobilität und Flexibilität, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und fehlende Mindestlöhne – all das trifft Familien besonders hart, vor allem in den ersten schwierigen Jahren, wenn die Kinder klein sind. In NRW hat das sogenannte Kinderbildungsgesetz der Regierung Rüttgers für hohe Kinderbetreuungskosten und wenig Qualität in der frühkindlichen Bildung gesorgt. Bei den U3-Plätzen sind wir bundesweit auf dem letzten Platz. Wir dürfen die Familien mit ihren existenziellen Sorgen aber nicht allein lassen: Kinder sind in Deutschland – einem der reichsten Länder der Welt – immer noch das höchste Armutsrisiko.

Unter Schwarz-Gelb hat die Armut in NRW zugenommen. Besonders bedrückend ist, dass Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich oft von Armut betroffen sind. Knapp jeder fünfte Minderjährige lebt bei uns in Armut oder ist von ihr bedroht. Das Fatale ist, dass materielle Armut häufig mit Bildungsarmut einhergeht. Als Bildungsverlierer wird man oft schon geboren! Das ist besonders ungerecht! Wir müssen den betroffenen Familien helfen, diesen Kreislauf zu durchbrechen! Und wir sind auf einem guten Weg.

### Wir entlasten gezielt Familien mit kleinen Kindern!

Wir haben das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei gemacht.



Ute Schäfer MdL, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Wir schaffen damit den Einstieg in die Beitragsfreiheit und eröffnen Zugänge zu Bildung für alle Kinder, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

### Wir investieren in frühkindliche Bildung!

In diesem Jahr investieren wir zusätzlich 242 Millionen Euro in die frühkindliche Bildung. Im nächsten Jahr werden es 390 Millionen sein. Wir starten gleichzeitig eine dringend notwendige Investitionsoffensive für den Ausbau der U3-Plätze.

### Wir schaffen starke Netzwerke für Familien – von Anfang an!

Wir haben die Kürzungen bei der Familienhilfe unter der Regierung Rüttgers rückgängig gemacht. Und wir bauen familiennahe Dienstleistungen, die Familienbildung- und beratung sowie frühe Hilfen für Familien weiter aus. Es geht uns dabei darum, Familien von Anfang an, präventiv zu stärken. ■ Ute Schäfer



Norbert Römer MdL, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion NRW

## WIR WOLLEN ZEIGEN, WAS GEHT – UND NICHT, WAS NICHT GEHT VIER FRAGEN AN NORBERT RÖMER ZUM KLIMASCHUTZ

**Die Bundesregierung hat angekündigt, das Thema Klimaschutz bis zur Bundestagswahl nicht mehr anzufassen. Rot-Grün in Düsseldorf bereitet ein Landes-Klimaschutzgesetz vor. Macht es überhaupt Sinn, Klimaschutz auf Landesebene zu regeln?**

Wir wollen zeigen, was geht – und nicht, was nicht geht. Deshalb werden wir in Nordrhein-Westfalen die politischen und rechtlichen Handlungsmöglichkeiten vernünftig nutzen – im Interesse der Umwelt und der Wirtschaft und damit im Interesse der Menschen. Klimaschutz ist eine große Chance für den Wirtschafts- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen.

**Unternehmerverbände und IHK haben den Entwurf des Klimaschutzgesetzes kritisiert, sie befürchten erhebliche Einschränkungen und finanzielle Belastungen für die Wirtschaft. Wie wollt ihr diese Einwände entkräften?** Wir laden alle ein mitzumachen. Wirtschaft und Industrie werden auch im weltweiten Wettbewerb um neue Produkte und Verfahren von einer aktiven Klimaschutzpolitik profitieren. Wir stellen die Chancen in den Vordergrund, aber wir werden die Anregungen der

Industrie berücksichtigen. Zur Erinnerung, die abgewählte Regierung Rüttgers hatte festgelegt, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 33 Prozent zu senken. Das ist ein Drittel mehr als das rot-grüne Reduktionsziel von 25 %. Damals gab es keine Kritik aus der Wirtschaft.

**Die Chancen des Klimaschutzes für die nordrhein-westfälische Wirtschaft, Innovationen, Problemlösungen anzubieten, die weltweit von Interesse sein können, sollen durch das Land gefördert werden. Wie könnte das aussehen?** Energiewirtschaft und Industrie stehen vor einem tiefgreifenden Umbau. Rot-Grün hat den Stadtwerken die Chance gegeben, eine wichtige Rolle bei der Energiewende zu spielen. Es wird weiter gehen mit dem Bau hocheffizienter, moderner Kraftwerke, mit dem Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Die Fernwärmeinfrastruktur wird verbessert und die energetische Sanierung vorangetrieben. Wir in NRW streben die energie- und rohstoffeffizientesten Produktionsstandorte an.

**Ein richtiges Gesicht soll das Klimaschutzgesetz durch den sog. Klimaschutzplan bekommen, mit dem konkrete Maßnahmen formuliert werden. Gibt es dafür schon Ideen?** Der Klimaschutzplan bildet das Herzstück des geplanten Klimaschutzgesetzes. Da wird es klar, was wir meinen: Neue Windenergieanlagen, Stromnetze oder Dämmstoffe sind ohne die Stahl- und Aluminium- bzw. der Chemischen Industrie nicht möglich. Wir wollen ein verbindliches Konzept für eine CO<sub>2</sub>-neutrale Landesverwaltung, aber wir haben z.B. in Nordrhein-Westfalen auch über 300.000 Heizanlagen, die 25 Jahre und älter sind. Die belasten Klima und die Portemonnaies gerade von Menschen mit niedrigeren Einkommen. Auch da müssen wir ran! ■

# VERKEHRSINFRASTRUKTUR IN NRW: DEN BUND IN DIE VERANTWORTUNG NEHMEN



Jochen Ott MdL,  
stellv. Vorsitzender der NRWSPD

Nordrhein-Westfalen ist eine der wirtschaftsstärksten Metropolregionen Europas. Die Waren- und Personenverkehre in NRW sichern die weltweite, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Sie erhalten und schaffen Arbeitsplätze und sie tragen zum Wohlstand und zur Lebensqualität seiner Menschen bei. Gleichzeitig erfolgen durch NRW erhebliche Transitverkehre. Sie beanspruchen große Mobilitätskapazitäten, belasten Mensch und Umwelt, entfalten aber über die Grenzen NRW hinaus auch positive Wirkungen zu Gunsten des Bundes und Europas.

Die Bundesregierung bleibt in NRW mit ihren Verkehrsinfrastrukturinvestitionen weit hinter dem notwendigen Bedarf zurück. Das Land NRW muss vom Bund stärker als bisher und entsprechend den tatsächlichen Mobilitätsanforderungen der Menschen und der Wirtschaft unterstützt werden. Dabei ist auch die enorme zusätzliche Belastung durch internationale Transitverkehre zu berücksichtigen.

Deshalb brauchen wir zügig ein Zukunftsprogramm zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung. Wir brauchen mehr fi-

nanzielle Unterstützung für die Erhaltung der Bundesfernstraßen und der Brücken in NRW. Und wir brauchen mehr Investitionen für einen massiven Ausbau der Kapazitäten des Schienengüterverkehrs sowie der Binnenwasserstraßen.

Die Bundesregierung muss konkrete Finanzierungszusagen für den vertragsgemäßen Ausbau der BETUWE-Linie und die Anbindung an den Seehafen Antwerpen durch den „Eisernen Rhein“ auf der A52/N280-Trasse machen. Das Projekt „Rhein-Ruhr-Express“ zwischen Dortmund und Köln ist mit Nachdruck zu realisieren. Die Verwaltung des Binnenschiffahrtslandes Nummer Eins muss in NRW bleiben. Und die Bedeutung der Seehafenhinterlandverkehre der ZARA-Häfen für NRW und letztlich für Gesamtdeutschland muss im nationalen Hafenkonzept des Bundes angemessen Berücksichtigung finden. ■ Jochen Ott

## DIE NRWSPD GRATULIERT IM OKTOBER...

### ... ZUM GEBURTSTAG

#### 102 Jahre

Waldtraut Steimle

#### 99 Jahre

Hilde Dohm

Franz Risse

#### 98 Jahre

Erna Luise Eidmann

Erika Vosseler

#### 97 Jahre

Hans Doelle

Jan van Gerpen

Meta Hoffmann

#### 96 Jahre

Karl Geck

Anton Lynen

Erich Riegas

Andreas Wilhelm

#### 95 Jahre

Rosa Garrels

Maria Muenzner

Friedel Schmitz

Hella von Treu

#### 90 Jahre

Georg Bedow

Hans Biehl

Johannes Bozic

Rudolf Brachthäuser

Heinz Brünger

Hans Burkhard

Ernst Deutmeyer

Karl-Heinz Eweler

Florian Frackowiak

Walter Franzen

Gertrud Frohwein

Walter Frontzek

Rudolf Gerz

Friedrich Grotefeld

Irmgard Heideck

Wilhelm Hoerdemann

Henriette Hüsselmann

Margarete Jodeit

Grete Klanke

Fritz Kreidel

Otto Noeltgen

Heinrich Nolte

Gretel Pohl

Lotte Polkehn

Erika Prunzel

Agnes Rajewitz

Edith Scheibel

Margarethe Schüller

Emil Stenzel

Otto Ulenbrauck

Adolf Wierke

Hilde Wolf

Matthias Wynands

Werner Zarpentin

### ... ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

#### 65 Jahre

Otto Reinke

Leo Schönknecht

Margarete Staudt

#### 60 Jahre:

Helmut Elbracht

Otto Krause

Irmgard Marquardt

#### 55 Jahre

Heribert Gorsek

Liesa Hartnack

Werner Katzenbach

Klaus Ladner

Gerhard Limpert

Günter Schröder

Gerhard Schulz

Günter Sieber

Gerhard Würtz

#### 50 Jahre

Heinz Godo

Juergen Junghaenel

Valentin Junk

Manfred Mathes

Helmut Plewka

Günter Potthoff

Karl-Heinz Ruthert

Almuth Scheu

Jutta Stein

Helga Teske

Hartmut Wellssov

Norbert Wrobel



## „MACHT MIT UND MISCHT EUCH EIN!“

### NEUMITGLIEDEREMPANG MIT HANNELORE KRAFT

**E**ine gut gelaunte und bunte Gruppe von Jüngeren und Älteren, Frauen und Männern konnte Hannelore Kraft beim Neumitgliederempfang im Anschluss an den Landesparteitag in Mülheim begrüßen. „Ein herzliches Willkommen euch allen in der SPD! Schön, dass ihr bei uns seid. Wie war's denn bei eurem ersten Parteitag?“, wollte unsere Landesvorsitzende von den Neumitgliedern wissen. Und die Jung-Genossen, angegeist aus ganz NRW, freuten sich sichtlich, dass sie von der Landesvorsitzenden persönlich nach ihren Erfahrungen der ersten Monate in der Partei gefragt wurden. So wurde bei einem Glas Sekt geplaudert über die gute Stimmung nach einem Jahr Rot-Grün in NRW, die Geschlossenheit innerhalb der SPD, warum die Abschaffung der Studiengebühren so wichtig ist und über die lange Tradition und den Zusammenhalt in unserer Partei. „Macht mit und mischt euch ein!“, motivierte Hannelore Kraft die neuen Genossinnen und Genossen zum Abschluss des Treffens. Beim nächsten Parteitag vielleicht schon als Delegierte oder Delegierter. ■



**Sarah Fenger (21),  
Neumitglied aus Münster:**

>> Beim Landesparteitag dabei gewesen zu sein und Hannelore Kraft getroffen zu haben finde ich super! Ich bin seit drei Monaten in der SPD und beeindruckt davon, dass man auch als Neumitglied die Möglichkeit hat, vieles zu bewirken. <<

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBER:** Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf | **REDAKTION:** Christian Obrok | **E-MAIL:** vorwaerts@nrwspd.de | **INTERNET:** www.nrwspd.de



## ZUSAMMEN SCHULE MACHEN FÜR NRW

„Dass ich das noch erleben darf!“, freute sich Beppo Lipold, Mitglied im Kompetenzteam Gemeinschaftsschule des Schulministeriums und Referent auf der Informationsveranstaltung des SPD-Unterbezirks Kreis Soest. Gemeint war der Schulkonsens der rot-grünen Landesregierung, der unmittelbar vor der Sommerpause gemeinsam mit der CDU auf den Weg gebracht wurde.

Um über diesen Konsens zu informieren und zu diskutieren, hatte die UB-Vorsitzende Marlies Stotz MdL nach Bad Sassendorf geladen und war nicht überrascht, dass auch einige CDU-Bürgermeister und Mitglieder der Stadtverwaltung den Weg zu der SPD-Veranstaltung fanden. „Mit der Sekundarschule geben wir den Kommunen die Möglichkeit, vor Ort ein leistungsfähiges, qualifiziertes und zukunftsorientiertes Schulangebot zu gewährleis-

ten, das kein Kind zurück lässt. Das wissen die Schulträger vor Ort zu schätzen. In dieser Schulform können Kinder länger gemeinsam lernen und werden je nach Fähigkeiten optimal gefördert und zwar unabhängig von der sozialen Herkunft.“ betonte Stotz, die bei der Veranstaltung die Eckpunkte des neuen Gesetzes vorstellte.

Auch Dorothea Schäfer, Landesvorsitzende der GEW, stellte ihre Sicht auf die neue Schulform vor und fasste zusammen: „Mit der Sekundarschule ist ein Schritt in Richtung Bildungsgerechtigkeit gemacht worden – auch wenn wir noch nicht am Ziel angekommen sind.“ ■